

tig, also nicht mehr unter Einschaltung der UNO, geregelt werden. Letztlich lief das Simla-Abkommen auf eine gewaltlose Bilateralisierung der Kaschmir-Frage hinaus (im einzelnen dazu "Das Abkommen von Simla - auf des Messers Schneide" in C.a., Juli 1972, S.26 ff.).

Ein Hinweis auf das "Simla-Abkommen", wie er von chinesischer Seite diesmal gemacht wurde (XNA, 27.12.80), trägt also wenig zur Lösung der Kaschmir-Frage bei, da damals nur Rahmenbedingungen vereinbart, die Frage selbst aber nicht in Angriff genommen wurde.

In dem erwähnten Interview wies Zia, der Beijing selbst zweimal, nämlich im Dezember 1977 und im Mai 1980, besucht hatte, auf die wertvolle Zusammenarbeit zwischen Pakistan und China hin, die sich sowohl auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle wie auch auf militärische Bereiche erstreckte (BRu 1980, Nr.45, S.9 ff.). Als Manifestation der beiderseitigen Freundschaft dürfe die Karakorum-Hochstraße gelten, an der Arbeiter und Ingenieure beider Seiten zwanzig Jahre lang gebaut hatten.

Wichtiger als die Besprechungen des Außenministers waren die Dementis, zu denen sich China im Zusammenhang mit dem Besuch seines Gastes veranlaßt sah:

- Dementi Nr.1: Keine chinesische Militärpräsenz in Pakistan.

Radio All India hatte am 5.Dezember gemeldet, daß China in der Gegend von Gilgit, d.h. einer nordostpakistanischen Stadt, Raketen eingelagert habe, die Sprengköpfe über eine Entfernung von 1.500 km tragen können. Weiterhin sollen vier chinesische Bataillone ins Tal von Gilgit eingerückt sein (SWB, 10.12.80). Diese Meldung wurde sowohl von pakistanischer als auch von chinesischer Regierungsseite als falsch bezeichnet (ebenda und XNA, 25.11.80). Offensichtlich habe der Besuch Leonid Breschnews so manchen indischen Autor zu Phantasien angeregt (vgl. auch XNA, 19.12.80).

- Dementi Nr.2: Keine chinesische Marinebasis in Karatschi!

Am 3.November und am 24.November hatte eine chinesische Luftwaffen- bzw. Marinedelegation Pakistan besucht (vgl. dazu C.a., November 1980, S.1001/13). Außerdem war um diese Zeit auch eine US-Militärdelegation eingetroffen. Diese Konstellation war es offensichtlich, die wiederum indische Zeitungen dazu veranlaßte, von "dreiseitigen Gesprächen" zwischen US-, China- und Pakistan-Militärs zu sprechen. Auch Radio Kabul beteiligte sich an diesen Spekulationen: Pakistan lasse sich in die expansionistischen Pläne der US- und chinesischen Hegemonisten für Südwest- und Südasien einspannen. Gemeinsam plane man auch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans durch Unterstützung konterrevolutionärer Elemente (SWB, 28.11.80). Darüber hinaus knüpfte die New Delhi News Agency ("Press Asia International")

an die Delegationsbesuche Vermutungen, daß China in der Hafenstadt Karatschi eine Marinebasis innerhalb der nächsten drei Jahre ausbauen wolle, für die die USA die nötigen Ausrüstungen zur Verfügung stelle (XNA, 29.12.80).

- Dementi Nr.3: Indische Zeitungen behaupteten ferner, daß Indien einerseits Bangladesch mit Waffen ausrüste (Radio Neu-Delhi in SWB, 10.12.80) und daß chinesische Waffenlieferungen an Pakistan künftig nur noch in bar erfolgten. -we-

INNENPOLITIK

(6) Tagung der ZK-Disziplin-kontrollkommission über die Bewältigung der Vertrauenskrise

Wie das Organ des ZK der KPCh, die Volkszeitung, erst am 11.Dezember 1980 berichtete, hat vom 14.-29.November 1980 eine Tagung der ZK-Disziplin-kontrollkommission stattgefunden, auf der die Anwendung der "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei" auf der Tagesordnung stand (XNA, 11.12.80; RMRB, 11.12.80; s.auch C.a., Februar 1980, S.124). Diese Richtlinien waren auf der 5.Plenartagung des XI.ZK der KPCh im Februar 1980 beschlossen worden, um nicht nur gegen politische Abweichler vorzugehen, sondern auch die Privilegiensucht, Vetternwirtschaft und Korruption innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas zu bekämpfen. Diese Richtlinien sowie die Disziplin-kontrollkommissionen, die für die Durchsetzung dieser disziplinarischen Vorschriften zuständig sind, werden von der Parteiführung um Deng Xiaoping als entscheidende Instrumente angesehen, um der großen Vertrauenskrise Herr zu werden, der sich die KPCh gegenwärtig unter breiten Teilen der Bevölkerung ausgesetzt sieht (s.a. das Thema von P.Schier in diesem Heft unter 3. sowie ders., "Nach großen Hoffnungen nun die Vertrauenskrise", in: C.a., März 1980, S.218-220). So war denn auch das eigentliche Thema der November-Tagung der ZK-Disziplin-kontrollkommission die Vertrauenskrise und die Methoden ihrer Bekämpfung. Sowohl der erste Sekretär der ZK-Disziplin-kommission, Chen Yun, und der Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, wiesen in ihren Reden auf der Tagung auf das schwer geschädigte Ansehen der Kommunistischen Partei Chinas unter der Bevölkerung hin. Wie ernst dieses Problem ist, geht aus der Bemerkung Chen Yuns hervor, daß die Verbesserung des Arbeitsstils eine Überlebensfrage für die KPCh sei.

Der Vertrauensverlust der KPCh und die Wiederherstellung des Ansehens der Partei waren ebenfalls das Thema einiger Artikel in der chinesischen Presse im Dezember 1980 (s. u.a. RMRB, 31.12.80). Beide Themen standen auch im Mittelpunkt von Tagungen der Disziplin-kontrollkommis-

sionen auf Provinzebene, die im Anschluß an die Tagung der ZK-Disziplinarkontrollkommission im Dezember 1980 stattfanden (diverse Meldungen der Provinzrundfunksender, nach SWB, 8.1.81).

-sch-

(7) Verweigern Teile der VBA der Parteiführung nach wie vor den Gehorsam?

Radio Beijing brachte am 2. Januar 1981 in seinem chinesischsprachigen Programm einen Kommentar der Zeitung der Volksbefreiungsarmee (Jiefangjun Bao) vom 31. Dezember 1980, aus dem eindeutig hervorgeht, daß Teile der VBA nach wie vor den politischen Kurs der Parteiführung um Deng Xiaoping ablehnen und die Führung der Partei über die Armee nicht akzeptieren. In dem Kommentar der VBA-Zeitung heißt es u.a.: "Auf dem Weg zu den Vier Modernisierungen müssen wir an den 'Vier grundlegenden Prinzipien' festhalten (d.h. "Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festhalten." Anm. d. Verf.)... Das entscheidendste Prinzip ist dabei das Festhalten an der Führung durch die Partei. Ohne die Führung durch die Partei wird es zu Uneinigkeit kommen, nichts wird erreicht werden können, und von der sozialistischen Modernisierung kann dann natürlich nicht mehr die Rede sein. Während wir an der Führung durch die Partei festhalten, müssen wir gleichzeitig die Führung durch die Partei verbessern. Um die Führung durch die Partei zu verbessern, müssen wir hauptsächlich die ideologisch-politische Arbeit verstärken. Die grundlegende Aufgabe der ideologisch-politischen Arbeit besteht darin, die absolute Führung der Partei über die Armee zu gewährleisten und zu garantieren, daß die gesamte Armee sich politisch mit dem Zentralkomitee der Partei identifiziert... Wir müssen klar sehen, daß die gesamte Partei, die gesamte Armee und das Volk des ganzen Landes in allen Bereichen große Erfolge errungen hat und Verständnis aufbringen sowohl für die günstigen Bedingungen unseres Landes als auch für die Schwierigkeiten, um dadurch die Moral zu verbessern, das Vertrauen zu erhöhen und der Partei und dem Staat entschlossen bei der Bewältigung der Schwierigkeiten zu helfen..." (zit. nach SWB, 7.1.81. Zu den gegenwärtigen Problemen der Parteiführung um Deng Xiaoping mit der VBA siehe auch das Thema von P. Schier in diesem Heft unter 1.)

-sch-

(8) Hu Yaobang: Totale Negierung der Kulturrevolution

Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KPCh, gab am 14. Dezember 1980 Vasilis Konstantinidis, dem Chefredakteur des Zentralorgans der KP Griechenlands ("Avghi"), ein Interview, in dem er u.a. eine totale Negierung der Kulturrevolu-

tion vornahm. Hu Yaobang sagte: "In unserer Partei ist man einhellig der Ansicht, daß die Zeit zwischen 1966 und 1976, d.h. die zehn Jahre der sog. 'Kulturrevolution', eine einzige Katastrophe gewesen ist. In diesen zehn Jahren gab es nichts Richtiges und Positives, sondern nur Negatives. Unserer Wirtschaft, Kultur, Erziehung, Politik und Ideologie sowie der Parteiorganisation wurde ungeheurer Schaden zugefügt. Der einzig - wenn man überhaupt davon sprechen kann - positive Faktor daran ist, daß wir aus den Fehlern dieser zehn Jahre etwas gelernt haben. Nur in diesem Sinne kann man sagen, daß aus dieser (schlechten) Sache jetzt etwas gutes geworden ist." (RMRB, 15.12.80; XNA, 15.12.80)

-sch-

(9) Weitere Tagungen der Volkskongresse auf Provinzebene angekündigt

In folgenden acht Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten sind im Dezember Tagungen der Volkskongresse angekündigt worden (in Klammern der Zeitpunkt des geplanten Zusammentritts):

1. Provinz Anhui (Februar 1981)
2. Provinz Fujian (auf Januar/Februar 1981 verschoben)
3. Provinz Guangdong (Februar 1981)
4. Autonomes Gebiet Guangxi der Zhuang-Nationalität (auf unbestimmte Zeit verschoben)
5. Provinz Jiangsu (auf unbestimmte Zeit verschoben)
6. Provinz Liaoning (Februar 1981)
7. Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai (auf unbestimmte Zeit verschoben)
8. Autonomes Gebiet Tibet (Frühjahr 1981).

Die Verschiebung der Tagung des Volkskongresses wurde in Shanghai damit begründet, daß der städtische Volksbürgerschaftsplan und das Budget für 1981 noch an den neuen Bürgerschaftskurs der Verringerung der Investitionen in industrielle Großprojekte angeglichen werden müßten (Radio Shanghai, 19.12.80, nach SWB, 7.1.81). Dies könnte auch der Grund für die Aufschiebung der Volkskongreßtagungen in anderen Provinzen sein.

-sch-

(10) Tagung des Volkskongresses der Provinz Shandong

Die 3. Tagung des V. Volkskongresses der Provinz Shandong fand vom 30. November bis 6. Dezember 1980 in der Provinzhauptstadt Jinan statt. Auf der Tagesordnung standen verschiedene Berichte zu den Bereichen Politik, Wirtschaft und Justiz sowie personelle Veränderungen.

In dem Bericht über den Haushalt des Jahres 1980 wurde sein Umfang mit 4,86 Mrd. Yuan RMB angegeben, während sich die Ausgaben auf

3,06 Mrd.Yuan RMB beliefen. Nichtsdestotrotz wies der Haushalt des Jahres 1980 ein Defizit von 200 Mio.Yuan RMB auf, da 2 Mrd.Yuan RMB an Einnahmen an den Staat, d.h. die Zentrale, abgeführt werden mußten. In dem Bericht wurde darüber hinaus bekanntgegeben, daß es auch im Jahre 1979 ein Haushaltsdefizit gegeben habe. In einer Fragestunde des Volkskongresses berichtete der stellvertretende Direktor der Provinzplanungskommission, daß die Kapitalinvestitionen im Jahre 1980 von 690 Mio.Yuan RMB (1979) auf 440 Mio.Yuan RMB, d.h. um 32%, gesenkt worden seien, um ein zu großes Haushaltsdefizit zu vermeiden.

In dem Bericht des Volksgerichtshofs der Provinz Shandong wurde bekanntgegeben, daß man alle 66.574 Straffälle, die zwischen 1966 und 1978 entschieden worden seien, mittlerweile überprüft habe. In 20.720 Fällen, d.h. 31,1% aller Fälle, habe man die Urteile wieder aufgehoben, da sie sich als Fehlurteile herausgestellt hätten. Obwohl die Überprüfung der Urteile mittlerweile abgeschlossen sei, gäbe es noch viele Verdikte, die aufgehoben werden müßten - diese Bemerkung bezieht sich offenbar auf Fälle politischer Anschuldigung bzw. Verfolgung.

Die personellen Entscheidungen auf der 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Shandong betrafen die Wahl von drei zusätzlichen stellvertretenden Provinzgouverneuren: Li Zhen, Qiang Xiaochu und Zhou Zhenxing.

Der Bericht über die Arbeit des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses im letzten Jahr gab interessante Aufschlüsse über die Funktionen dieses ständigen Organs der Provinz-"Parlamente":

1. Gesetzgebungsarbeit: Annahme der Provisorischen Bestimmungen zur Geburtenplanung in Shandong, Ausarbeitung der Vorläufigen Bestimmungen über die Bestrafung von Umweltschutzvergehen infolge der Ableitung von Schmutzwasser, Erlaß der Vorläufigen Bestimmungen über die Direktwahlen der Volkskongreßabgeordneten auf Kreis- und Kommuneebene von Shandong, Erlaß von drei Bestimmungen über die Bekämpfung endemischer Krankheiten u.a.
2. Personelle Entscheidungen: 1980 ernannte der Ständige Ausschub des Provinzvolkskongresses von Shandong 797 Regierungsbeamte bzw. stimmte ihrer Ernennung zu.
3. Durchsetzung und Überwachung direkter Wahlen der Volkskongreßabgeordneten auf Kreisebene: Zu diesem Zweck wurde vom Ständigen Ausschub des Provinzvolkskongresses der Wahlausschub des Provinzvolkskongresses der Provinz Shandong eingerichtet, der dem Ständigen Ausschub untersteht. Dieser Wahlausschub hielt 1980 in 33 Einheiten auf Kreisebene probeweise Direktwahlen ab.

(Radio Jinan, 30.11.80, 1., 4., 6.12.80, nach SWB, 17.12.80; Radio Jinan, 7.12.80, nach SWB, 18.12.80.)

-sch-

(11) Tagung des Volkskongresses der Provinz Hunan

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Hunan fand vom 24.-30.Dezember 1980 in der Provinzhauptstadt Changsha statt. Im Gegensatz zu den Tagungen der Volkskongresse in anderen Provinzen war die Tagung in Hunan u.a. gekennzeichnet durch offene Selbstkritik. So bezeichnete der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses, Wan Da, die Provinzführung von Hunan fortgesetzter Fehler, da "wir es für eine ziemlich lange Zeit versäumten, den Einfluß der linken Ideologie abzuschütteln" (Radio Hunan, 30.12.80, nach SWB, 9.1.81). Nach wie vor gäbe es verschiedene ideologische Probleme, denn "wir sind auf die politische und ökonomische Sanierung und Reform ideologisch nicht vorbereitet" (ebenda). Deshalb müsse die Provinzführung von Hunan ihr Denken noch mehr von dem Einfluß der linken Ideologie befreien. Die Selbstkritik des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses von Hunan in seiner Abschlußrede bestätigt die Ansicht, daß die Provinz Hunan eine der letzten Einflußgebiete der maolistischen Linken bzw. ihrer Ideologie ist. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß der noch amtierende Parteivorsitzende Hua Guofeng von 1951 bis 1971 in der Provinz Hunan tätig war und dort wahrscheinlich noch über eine gewisse Hausmacht verfügt.

Aus den Finanz- und Wirtschaftsberichten wurden zwar in den Rundfunkmeldungen keine konkreten Zahlen veröffentlicht, doch die Diktion war deutlich genug, um herauslesen zu können, daß auch in Hunan die Haushalte der Jahre 1979 und 1980 Defizite aufwiesen bzw. aufweisen werden (s.Radio Hunan, 28.12.80, nach SWB, 9.1.81).

-sch-

(12) Tagung des Volkskongresses des Autonomen Gebiets Xinjiang der Uigurischen Nationalität

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses des Autonomen Gebiets Xinjiang der Uigurischen Nationalität fand vom 8.-14.Dezember 1980 in der Gebietshauptstadt Urumqi statt. Auf der Tagung des Volkskongresses, dem 766 Abgeordnete angehören, wurde u.a. beschlossen, die "Vorschriften über die regionale Autonomie der Nationalitäten in dem Autonomen Gebiet Xinjiang der Uigurischen Nationalität" zu entwerfen und zu diesem Zweck einen Ausschub zu bilden. Diesem Beschluß kommt insofern besondere Bedeutung zu, als die Beijinger Parteizentrale im Mai 1980 einen neuen Kurs gegenüber den nationalen Minderheiten beschlossen hat, der den in China lebenden Nationalitäten mehr Autonomierechte einräumt - die noch auszuarbeitenden Bestimmungen in Xinjiang werden zeigen, wie weit oder wie eng die Grenzen für die Autonomie der in den letzten zwanzig Jahren stark vernachlässigten nationalen Minderheiten in China gezogen werden

(Radio Xinjiang, 7., 9., 11., 12., 14., 15.12.80, nach SWB, 19.12.80).
-sch-

(13) Tagung des Volkskongresses der Provinz Shanxi

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Shanxi fand vom 18.-24.Dezember 1980 in der Provinzhauptstadt Taiyuan statt. In dem der Tagung vorgelegten Haushaltsbericht wurde bekanntgegeben, daß die Einnahmen im Jahre 1979 20.29.470.000 Yuan RMB und die Ausgaben 2.103.920.000 Yuan RMB betragen hätten. Für das Jahr 1980 lauteten die Zahlen (Stand: Ende November 1980) 1.901.540.000 Yuan RMB und 1.639.040.000 Yuan RMB. Über die Höhe des Haushaltsdefizits sagen diese Zahlen jedoch nichts aus, da in den Rundfunkberichten nicht angegeben wurde, ob und in welchem Umfang Einnahmen an den Staat, d.h. die Zentrale, abgeführt werden mußten (s.die Übersicht "Tagung des Volkskongresses der Provinz Shandong" in diesem Heft). Im Haushaltsbericht der Provinz Shanxi wurde eine resolute Verringerung der Kapitalinvestitionen, bessere Ausnutzung der vorhandenen Mittel und eine erhebliche Einschränkung der vielseitigen Verschwendung gefordert. In dem Bericht des Volksgerichtshofs der Provinz Shanxi hieß es u.a., daß die Überprüfung von früheren Gerichtsentscheidungen nach Fehlurteilen noch lange nicht beendet sei, da 1977 und 1978 der wahre Sachverhalt in vielen Fällen verheimlicht worden sei. Die Ursachen hierfür seien in dem ultralinken Kurs der Kulturrevolution zu suchen, von dem man sich in den ersten beiden Jahren nach dem Sturz der "Viererbande" nicht habe lösen können. So seien in den Jahren 1977 und 1978 noch Leute bestraft worden, die die maoistische Modellbrigade Dazhai und ihren Begründer Chen Yonggui kritisiert hätten. Diese Äußerungen zeigen erneut die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des neuen Kurses insbesondere auf den unteren Ebenen. So ist es erst 1980 gelungen, der Hausmacht von Chen Yonggui in der Provinz Shanxi einen entscheidenden Schlag zu versetzen (s.auch C.a., November 1980, 0 20). (Radio Shanxi, 18., 22., 23., 24.12.80, nach SWB, 8.1.81.)
-sch-

(14) Tagung des Volkskongresses der Provinz Yunnan

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Yunnan fand vom 15.-21.Dezember 1980 in der Provinzhauptstadt Kunming statt. In seinem Bericht über die Arbeit der Provinzregierung gab Gouverneur Liu Minghui bekannt, daß die Getreideproduktion des Jahres 1980 die zweithöchste seit 1949 gewesen sei. Innerhalb des industriellen Sektors hätten sich die Gewichtungen verschoben. So sei 1980 die Wachstumsrate der Leichtindustrie höher gewesen als die der Schwerindustrie, und die Industriebetriebe in Kollektiveigentum hätten ein höheres Wachs-

tum aufgewiesen als die staatlichen Industrieunternehmen. Im Rahmen der Sanierung und Neuausrichtung der Volkswirtschaft habe man 1980 die Kapitalinvestitionen um 520 Mio.Yuan RMB gekürzt und die Arbeit an 125 Investbauprojekten entweder völlig oder teilweise eingestellt. Die Investitionspolitik sei dahingehend geändert worden, daß man nun mehr in die Bereiche Landwirtschaft, Leichtindustrie (insbesondere Textilindustrie), Wissenschaft und Erziehung sowie Wohnungsbau investiere (Radio Yunnan, 15., 21.12.80, nach SWB, 3.1.81).
-sch-

(15) Delegiertenwahlen zum XII.Parteitag der KPCh in Shanxi und Yunnan

Die Provinzorganisationen der Kommunistischen Partei Chinas in Shanxi und Yunnan haben Anfang Dezember 1980 ihre Delegierten zum XII.Nationalen Parteikongreß der KPCh gewählt. Die Wahlen wurden jeweils auf einer "Delegiertenversammlung" der beiden Provinzorganisationen der KPCh vollzogen. Über die Zusammensetzung der Wahlmännnergremien, den Wahlmodus und die Anzahl der Parteitagsdelegierten liegen keine konkreten Informationen vor. Aus der Provinz Yunnan wurde berichtet, daß mehr als 30% der Delegierten zum XII.Parteitag der KPCh Angehörige nationaler Minderheiten sind (Radio Yunnan, 4., 9.12.80 und Radio Shanxi, 10.12.80, nach SWB, 20.12.80).
-sch-

(16) Provinzparteikongresse in Heilongjiang und Liaoning

Die Provinzorganisationen der KPCh in Heilongjiang und Liaoning hielten vom 10.-14.November bzw. vom 8.-13.Dezember 1980 ihren Provinzparteikongreß ab. Nähere Angaben über die Beschlüsse dieser beiden Provinzparteikongresse liegen nicht vor. Es ist jedoch möglich, daß auf ihnen die Delegierten zum XII.Parteitag der KPCh gewählt wurden. Erläuterungen zu diesen Wahlen wurden zumindest auf dem Parteikongreß der Provinz Heilongjiang gegeben (Radio Heilongjiang, 15.11.80, nach SWB, 12.12.80; Radio Liaoning, 13.12.80, nach SWB, 20.12.80).
-sch-

(17) Umstrukturierung des Staatsapparats geplant: Auflösung von über 20 Ministerien?

Der Staatsrat (Regierung) der Volksrepublik China hat auf einer Sitzung am 17.Oktober 1980 beschlossen, mehr als 20 der 38 gegenwärtig bestehenden Ministerien aufzulösen und in selbständig wirtschaftende Großunternehmen umzuwandeln - dies berichtet die der KPCh sehr nahestehende Hongkonger Zeitung Zhengming in ihrer Dezember-Ausgabe (S.44-45). Diese Mutter-

gesellschaften sollen in Zukunft einigen wenigen Kommissionen des Staatsrats unterstehen, und zwar den bereits bestehenden Kommissionen für Landwirtschaft und Maschinenbauindustrie sowie den neu zu errichtenden Kommissionen für Leichtindustrie, Transport, Arbeit u.a. Nur ein Drittel der bisherigen Ministerien soll beibehalten werden, darunter die Ministerien für Auswärtige Beziehungen, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit, Justiz, Inneres, Finanzen, Erziehung und Gesundheit. Mit diesen Maßnahmen erhofft sich die chinesische Partei- und Staatsführung um Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Hu Yaobang offenbar eine effektivere Wirtschaftsführung und einen Abbau des bürokratischen Wasserkopfes.

-sch-

(18) ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980?

Anfang Dezember 1980 ist das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas offenbar zu einer Arbeitstagung zusammengetreten, die bis zum Monatsende andauerte - dies kann aus den seit dem 9. Dezember stark eingeschränkten offiziellen Aktivitäten der Politbüromitglieder geschlossen werden (s. die von W. Bartke ermittelten "Activities of the CCP Politburo Cadres during December 1980" im englischen Teil dieses Heftes). Auffällig war weiterhin, daß 10 von 24 aktiven Politbüromitgliedern im Dezember 1980 überhaupt nicht auftraten (Chen Yonggui und Liu Bocheng können aus politischen bzw. gesundheitlichen Gründen nicht mehr zu den aktiven Politbüromitgliedern gezählt werden). Letzteres deutet ebenfalls auf intensive parteiinterne Aktivitäten hin. Themen der ZK-Arbeitstagung könnten die politische Zukunft von Hua Guofeng, die Sanierung der Wirtschaft und der Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin Biao-Clique" gewesen sein.

-sch-

(19) Weitere Anzeichen für einen bevorstehenden Rücktritt Hua Guofengs vom Parteivorsitz

Die Anzeichen für einen bevorstehenden Rücktritt Hua Guofengs vom Parteivorsitz haben sich im Dezember 1980 vermehrt. Mitte Dezember häuften sich in Beijing verschiedene Gerüchte über eine baldige Absetzung Huas von seinem Posten als Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Die Gerüchte über Hua erhielten am 12. Dezember neue Nahrung, als ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums jegliche Auskunft darüber verweigerte, ob Hua beim Zentralkomitee bereits seinen Rücktritt eingereicht habe, die Gerüchte über einen Rücktritt Huas jedoch nicht dementierte (FAZ, 16.12.80). Höhere Parteifunktionäre sollen darüber informiert worden sein, daß gegen Hua eine parteiinterne Untersuchung eingeleitet worden sei und das Hua seinen Rücktritt angeboten habe (H. Opletal in: HAZ, 22.12.80). Letzte-

res könnte auf der Arbeitstagung des Zentralkomitees der KPCh geschehen sein, die Anfang Dezember 1980 zusammentrat (s. die Übersicht "ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980?" in diesem Heft). Gerüchte über eine Inhaftierung Hua Guofengs wurden jedoch vom stellvertretenden chinesischen Außenminister Han Nianlong vor ausländischen Journalisten als "reine Erfindung" zurückgewiesen (FAZ, 15.12.80). Hua befände sich in Beijing und sei - so Han Nianlong - nach wie vor Parteivorsitzender. Die gleiche Aussage machte Liao Chengzhi, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses während eines Treffens mit einer japanischen Delegation. Liao Chengzhi sagte jedoch, daß es "in naher Zukunft einige personelle Veränderungen geben" werde. Auf die Frage, was Hua zur Last gelegt werde, antwortete Liao, daß "die Fehler in der Leitung der Wirtschaft ein großes Problem" darstellten. Die gesamte Führung sei hierfür verantwortlich, doch Hua Guofeng könne sich seiner Verantwortung hierfür als Parteivorsitzender nicht entziehen. Liao Chengzhi betonte, daß der Rücktritt des Parteivorsitzenden auf einer Plenartagung des Zentralkomitees beschlossen werden müsse (Kyodo, nach SWB, 9.1.81). Demnach ist der Rücktritt Hua Guofengs vom Parteivorsitz auf der 6. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh zu erwarten, die nach der ZK-Arbeitstagung im Dezember - wahrscheinlich im Frühjahr 1981 stattfinden wird.

Mit den Gerüchten über einen bevorstehenden Rücktritt Huas einhergehend wurde in der chinesischen Presse die indirekte Kritik an Hua Guofeng fortgesetzt. So verurteilte die Gongren Ribao (Arbeiter-Tageszeitung) "diejenigen, die - (noch) zwei Jahre nach dem Sturz der Viererbande -... die Bewegung des 5. April (1976) verleumdete, indem sie sie als den 'konterrevolutionären politischen Zwischenfall auf dem Tiananmen (-Platz)' betrachteten, einen neuen Personenkult schufen und Junge Pioniere verhafteten und ihre Ermordung befahlen" (nach AFP, 29.12.80). Alle diese Anschuldigungen treffen auf Hua Guofeng zu, der als Minister für öffentliche Sicherheit in den Jahren 1975-1977 einer der Hauptverantwortlichen für die Niederschlagung der antimaoistischen Demonstrationen am 5. April 1976 war. Bei der gewaltsamen Auflösung der Demonstration waren über 100 Menschen zu Tode gekommen, während zwischen 3.000 und 4.000 verhaftet und mehr als 40.000 Demonstranten namentlich ausfindig gemacht und in Kritikversammlungen zur Rechenschaft gezogen wurden. Auch der Vorwurf der Gongren Ribao, einen neuen Personenkult geschaffen zu haben, trifft auf Hua Guofeng zu. Hua Guofeng versuchte nämlich von Herbst 1976 bis Frühjahr 1978, einen Kult um seine eigene Person zu kreieren, indem er sich im Stile Maos als "guter" und "weiser Führer" darstellen und Legenden über seine revolutionäre Vergangenheit schreiben ließ. Der Vorwurf des Personenkults wurde - ebenfalls ohne Namensnennung - auch von einem "Sonderkommentar" des theoretischen Organs der KPCh, Hongqi (Rote Fahne), erhoben (Nr. 24, 16.12.80, S. 3).

Darüber hinaus vertrat der "Sonderkommentator", hinter dem sich zumeist ein Mitglied der Parteiführung verbirgt, die Ansicht, daß der Tiananmen-Zwischenfall die Massenbasis für die Zerschlagung der "Viererbande" geschaffen habe. Deshalb sei die Zerschlagung der "Viererbande" letztlich der Ausdruck der Stärke der Volksmassen (und nicht des "weisen Führers" Hua, wie dies nach dem Sturz der "Viererbande" zunächst behauptet wurde). Damit sprach der "Sonderkommentator" der Hongqi dem gegenwärtig noch amtierenden Parteivorsitzenden Hua Guofeng das Hauptverdienst am Sturz der "Viererbande" ab (ebenda, S.4). Weiterhin forderte der "Sonderkommentator" die "Entfernung von Elementen des Bandensystems von Lin Biao und der 'Viererbande' aus Führungspositionen" (ebenda, S.6). Ob diese Forderung auch auf Hua Guofeng gemünzt ist, läßt sich nicht belegen - sicher ist jedoch, daß Hua nur durch die Kulturrevolution und mit Hilfe Mao Zedongs an die Parteispitze gelangen konnte (s.hierzu u.a. Jingbao, Nr.42, 10.1.80, S.8-11; zur Kritik an Hua Guofeng s.auch C.a., September 1980, S.741 und 747; C.a., Oktober 1980, Ü 12; C.a., November 1980, Ü 15).

-sch-

(20) Geteilte Verantwortungen: Maos Fehler und die konterrevolutionären Verbrechen der "Viererbande"

In einem Artikel eines "Sonderkommentators" für die Volkszeitung (RMRB, 22.12.80) und in dem Plädoyer gegen Jiang Qing im Prozeß gegen die "konterrevolutionären Cliques von Lin Biao und Jiang Qing" (RMRB, 30.12.80) ist eine grundsätzliche Unterscheidung der Verantwortung von Mao und der "Viererbande" für die Kulturrevolution und die damit verbundenen Straftaten vorgenommen worden. Danach hat Mao Zedong in seinen letzten Jahren lediglich "Fehler" begangen, die zwar "großes Unglück über die Partei und das Volk brachten" (RMRB, 22.12.80, S.5), jedoch nicht vorsätzlich gemacht worden seien: "Fehler entstehen aus der Abweichung der subjektiven Erkenntnis von der objektiven Welt und aus dem Verstoß gegen die objektiven Gesetzmäßigkeiten... Fehler können von jemandem begangen werden, der ehrlich die Revolution machen will" (ebenda). Im Gegensatz zu Mao Zedong hätten die Mitglieder der "konterrevolutionären Cliques von Lin Biao und Jiang Qing" jedoch neben einigen Fehlern hauptsächlich "konterrevolutionäre Verbrechen" begangen. Letztere würden sich von den Fehlern Maos hinsichtlich ihres Wesens, der angewandten Mittel und der verfolgten Ziele unterscheiden. Das Ziel der zwei Cliques sei es gewesen, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu stürzen. Durch Vorbereitung eines bewaffneten Staatsstreichs, Mordintrigen und Planung einer bewaffneten Rebellion hätten sie vorsätzlich versucht, dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus hätten sie durch folgende Methoden Partei- und Staatsfüh-

rer sowie große Teile der Funktionärsschicht und der Bevölkerung vorsätzlich verfolgt: vorsätzliche Fabrizierung falscher Anschuldigungen, gefälschte Beweismittel; Erpressung von Geständnissen unter Folter; Schlägereien, Zerstörungen, Plünderungen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen; Durchführung von Geheimdiensttätigkeiten. Der Sonderkommentator der Volkszeitung betonte, daß "das Verfahren gegen die konterrevolutionären Cliques von Lin Biao und Jiang Qing einen prinzipiellen Trennungsstrich zwischen konterrevolutionären Verbrechen und Fehlern ziehen" werde. Deshalb würden auch "nur ihre konterrevolutionären Verbrechen" vor Gericht zur Sprache gebracht und bestraft. Über die "Fehler" der Angeklagten (damit auch über die "Fehler" Mao Zedongs; Anm. d. Verfassers) werde vor Gericht jedoch nicht verhandelt, und sie würden auch nicht bestraft.

Die einseitige Teilung der Verantwortung für die Kulturrevolution und die damit zusammenhängenden Straftaten dahingehend, daß Mao Zedong unabsichtlich Fehler machte und die "Viererbande" vorsätzlich die "konterrevolutionären Verbrechen" verübte, war notwendig geworden, nachdem sich Jiang Qing während des Beijinger Prozesses bei allen ihren Handlungen auf Mao Zedong berufen hatte. So hatte Jiang Qing behauptet, daß sie immer nur in Übereinstimmung mit Mao Zedong agiert und "nur die Durchführung der proletarischen revolutionären Grundsätze des Vorsitzenden Mao verteidigt" habe (nach DER SPIEGEL, 1980, Nr.4, S.106). Deshalb seien ihre Verhaftung und Aburteilung "eine Verleumdung des Vorsitzenden Mao Zedong" (RMRB, 30.12.80, S.4). In seinem Plädoyer gegen Jiang Qing am 29.Dezember 1980 wies Staatsanwalt Jiang Wen diese Behauptungen als "Verleumdung des Vorsitzenden Mao Zedong" zurück (ebenda).

-sch-

(21) Mao Zedong zum ersten Mal namentlich in der Parteipresse kritisiert

Mao Zedong ist - etwas mehr als vier Jahre nach seinem Tod und dem Sturz der "Viererbande" - im Dezember 1980 zum ersten Mal namentlich in der chinesischen Presse kritisiert worden. Das Organ des ZK der KPCh, die Renmin Ribao (Volkszeitung), veröffentlichte am 22.Dezember 1980 den von einem "Sonderkommentator" verfaßten Artikel "Ein Meilenstein für die sozialistische Demokratie und Rechtsordnung", in dem Mao Zedong vorgeworfen wird, während der Kulturrevolution der KPCh und dem chinesischen Volk großes Unglück zugefügt zu haben. Die entsprechende Passage lautet wörtlich: "Auch Genosse Mao Zedong hat in seinen späten Jahren, insbesondere während der von ihm initiierten und geführten 'Kulturrevolution', Fehler begangen, die der Partei und dem Volk großes Unglück brachten" (ebenda, S.5). Noch schärfer war eine entsprechende Formulierung des Staatsanwalts

Jiang Wen in seinem Plädoyer gegen Jiang Qing am 29. Dezember 1980, die ebenfalls in der Volkszeitung abgedruckt wurde: "Die Menschen aller Nationalitäten des ganzen Landes wissen haargenau, daß der Vorsitzende Mao für das ihnen während der 'Kulturrevolution' zugefügte Unglück hinsichtlich der Führung (der Kulturrevolution) verantwortlich war - das braucht man nicht zu verheimlichen. Er war auch verantwortlich dafür, daß er die konterrevolutionären Cliques um Lin Biao und Jiang Qing nicht durchschaut hat" (RMRB, 30.12.80). Gleichzeitig betonte Jiang Wen aber auch die "großen Verdienste" Maos für die chinesische Revolution, die Gründung der Volksrepublik China und die Errichtung des sozialistischen Systems. Damit hat sich innerhalb der KPCh offenbar die von Deng Xiaoping befürwortete Bewertung Maos durchgesetzt, nach der die Person und Politik Mao Zedongs bis Ende der fünfziger Jahre positiv eingeschätzt werden, der späte Mao jedoch eine negative Beurteilung erfährt (s.C.a., August 1980, 0 16). Obwohl in den letzten Monaten in der chinesischen Presse die Kulturrevolution und der Große Sprung nach vorn heftig kritisiert wurden, war Mao Zedong damit nie namentlich in Verbindung gebracht worden. Eine namentliche Kritik an Mao Zedong war bisher lediglich von Hu Yaobang, Li Xiannian, Hua Guofeng und Deng Xiaoping in Gesprächen mit ausländischen Journalisten vorgenommen worden (s. ebenda).

-sch-

(22) Veröffentlichung eines Mao-Briefes

Anlässlich des 87. Geburtstages von Mao Zedong am 26. Dezember 1980 veröffentlichten alle bedeutenden chinesischen Zeitungen einen Brief von Mao, den dieser am 27. November 1937 von Yanan aus an einen Vetter in Hunan geschrieben hatte. In dem Brief riet Mao seinem Vetter von dessen Vorhaben ab, allein wegen seines kärglichen Einkommens nach Yan'an zu kommen, um dort mit Hilfe Maos einen guten Arbeitsplatz zu finden. Mao u.a.: "Alle - vom Oberbefehlshaber bis zu den Köchen - werden (hier in Yan'an) gleich behandelt, da unsere Partei für das Land, die Nation und das werktätige Volk arbeitet und nicht für persönliche Interessen. Daher sind alle gleich und arbeiten ohne Entgelt... Bitte sag' (meinen Verwandten und Freunden), daß sie nicht in der Hoffnung auf einen (guten) Job hierher kommen sollen, da wir hier nicht bezahlt werden."

Mit der Veröffentlichung dieses Mao-Briefes sollen offenbar sowohl die frühen Verdienste Maos hervorgehoben als auch die gegenwärtigen Bemühungen im Kampf gegen Privilegien, Vetternwirtschaft und Korruption ideologisch unterstützt werden.

-sch-

(23) Erste offizielle Bewertung der Rolle Deng Xiaopings beim Tiannanmen-Zwischenfall und beim Sturz der "Viererbande"

Eine erste offizielle Bewertung der Rolle Deng Xiaopings beim Tiananmen-Zwischenfall und beim Sturz der "Viererbande" ist von einem "Sonderkommentator" in der Volkszeitung, dem Organ des ZK der KPCh, vorgenommen worden. In einem Artikel zum Prozeß gegen die "konterrevolutionären Cliques von Lin Biao und Jiang Qing", der am 22. Dezember 1980 von der Volkszeitung veröffentlicht wurde, heißt es, daß Deng Xiaoping i.J. 1975 einen "scharfen Kampf gegen die 'Viererbande'" geführt habe. Dengs Kampf gegen die Viererbande i.J. 1975 habe - so der Sonderkommentator - eine besondere Rolle dafür gespielt, daß das chinesische Volk den "konterrevolutionären Charakter" der "Viererbande" erkannte und der Wille des Volkes zum Kampf gegen die "Viererbande" gestärkt wurde (RMRB, 22.12.80, S.1). Damit wurde Deng Xiaoping quasi als der Vorreiter des Tiananmen-Zwischenfalls vom 5. April 1976 dargestellt. Nach Meinung des Sonderkommentators schuf der Tiananmen-Zwischenfall wiederum die ideologische Basis und die Massenbasis für den Sturz der "Viererbande" im Oktober 1976. Damit beschränkt sich die oben beschriebene "bedeutsame Rolle" Deng Xiaopings nicht nur auf die Vorbereitung des Tiananmen-Zwischenfalls, sondern gilt auch für die Vorbereitung des Sturzes der "Viererbande". In der Darstellung des "Sonderkommentators", hinter dem sich zumeist ein führendes Mitglied der KPCh verbirgt, erscheint Deng Xiaoping als Vorkämpfer gegen die "Viererbande" und als Gründungsvater des nachmaoistischen China. Dies ist gleichzeitig ein Seitenhieb auf Hua Guofeng, dem in den Jahren 1976 und 1977 von der Propaganda das Hauptverdienst für den Sturz der "Viererbande" zugewiesen wurde.

-sch-

(24) Gu Mu legt Investbau-Ministeramt nieder

Gu Mu, einer der dreizehn stellvertretenden Ministerpräsidenten Chinas, hat sein Ministeramt als Vorsitzender der Kommission des Staatsrats für Investbau niedergelegt. Als Grund für diesen Schritt wurde von einem offiziellen Sprecher in Beijing Arbeitsüberlastung angegeben. Dies dürfte zumindest teilweise zutreffen, da Gu Mu bisher allein drei Regierungskommissionen vorsah, deren Aufgabe es vor allem ist, die Arbeit der insgesamt 38 Ministerien der Volksrepublik China zu koordinieren. Gu Mu bleibt jedoch nach seinem Ausscheiden aus der Investbau-Kommission Vorsitzender der Kommission für Auslandsinvestitionen und Handel. Daß Gu Mu gerade von dem Posten des Vorsitzenden der Kommission für Investbau zurücktrat, könnte die politische Folge der verfehlten Investitionspolitik der Jahre 1977 und 1978 gewesen sein. Gu Mus Nachfolger als Vorsitzen-

der der Investbau-Kommission wurde sein bisheriger Stellvertreter Han Guang.
-sch-

(25) Buddhistenkongreß in Beijing

Am 16. Dezember begann in Beijing der Nationale Kongreß der chinesischen buddhistischen Vereinigung. Die Eröffnungsansprache hielt der Panchen Lama, der alle buddhistischen Gläubigen aufrief, ihren Glauben weiter zu verbreiten - ein Aufruf, der im Widerspruch zur offiziellen Religionspolitik der Volksrepublik steht (XNA, 15. und 16.12.80).

Der buddhistische Kongreß gehörte zu einer Reihe ähnlicher Veranstaltungen der taoistischen, islamischen und katholischen Religionsgemeinschaften, denen die großzügigere Haltung der chinesischen Führung gegenüber den Glaubensgemeinschaften zugute kommt.

-we-

(26) Die Religionspolitik der KPCh

Die Guangming-Zeitung veröffentlichte am 30. November 1980 unter dem Titel "Glaubensfreiheit ist eine grundsätzliche Politik der Partei hinsichtlich der Frage der Religion" einen Grundsatzartikel zur Religionspolitik in China. Die neue Religionspolitik, die die Partei erst nach Maos Tod allmählich eingeleitet hat, scheint immer noch auf Schwierigkeiten zu stoßen, denn in dem Artikel wird eingeräumt, daß es einerseits immer noch Widerstand gegen die Politik der Religionsfreiheit gebe und daß andererseits bei Geistlichen und Gläubigen vielfach noch Skepsis bezüglich der neuen Politik bestehe. Um diesen Schwierigkeiten und Unsicherheiten zu begegnen, versucht der Artikel, die wichtigsten Fragen zu klären.

Zunächst wird klargestellt, daß sich die Haltung der Partei gegenüber dem Wesen der Religion trotz der neuen Religionspolitik nicht geändert habe; wörtlich heißt es: "Religion ist ihrem Wesen nach konservativ, rückständig und im Widerspruch zu wissenschaftlichen und marxistischen Gedankensystemen." Kommunisten seien Atheisten, doch sei zu beachten, daß der Marxismus seine Kritik an der Religion gegen die gesellschaftlichen Systeme richte, die die Religion benötigten, nicht aber gegen die gläubigen Massen.

Sodann werden vier der Religionspolitik der Partei zugrunde liegende Prinzipien aufgezählt:

1. Religion sei ein Produkt der Geschichte und als solches bestimmten Entwicklungsgesetzen bis zum endgültigen Untergang unterworfen. Sie könne erst unter bestimmten sozioökonomischen und anderen Voraussetzungen abgeschafft werden. Angesichts der Langfristigkeit und Komplexität des Bestehens von Religionen müsse die Partei

ihre Religionspolitik langfristig und stetig anlegen und nicht als Mittel zum Zweck benutzen.

2. Religion betreffe die Einstellung der Gläubigen zum Leben und gehöre damit in den Bereich der Ideologie. Ideologische Probleme aber könnten nur mit demokratischen Methoden, durch richtige Führung und Erziehung, nicht aber durch Zwang und Gewalt oder per Dekret gelöst werden. Die Erfahrung habe gezeigt, daß mit verbesserten materiellen Lebensbedingungen, politischer Partizipation und steigendem Bildungsstand religiöse Ideen abnehmen.

3. Religion betreffe nicht nur die Massen und die Nation, sondern auch die internationalen Beziehungen. Viele Chinesen seien religiös, insbesondere die Angehörigen der nationalen Minderheiten seien Anhänger verschiedener Religionen. Religiöse Fragen hingen oft mit nationalen Problemen zusammen und hätten vor allem international großen Einfluß, zumal 60% der Weltbevölkerung religiös seien. Deshalb sei die richtige Handhabung religiöser Fragen für die staatliche Einheit, die Solidarität der Völker und die internationalen Beziehungen von großer Bedeutung. (Hier ist z.B. an den Islam zu denken, der in China nie in dem Maße wie andere Religionen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt war, sondern angesichts seiner Bedeutung in den Ländern der Dritten Welt bewußt für politische Zwecke im Verkehr mit islamischen Ländern eingesetzt wurde.)

4. Im Grunde genommen sei die Religionsfrage in China kein besonders hervorstechendes und akutes Problem. Weder in der Phase der demokratischen Revolution noch in der sozialistischen Phase sei der Widerspruch zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen, zwischen Theisten und Atheisten der hauptsächliche Kampf gewesen. Vielmehr bestehe zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen aller Nationalitäten eine freundschaftliche Zusammenarbeit, und auch die Anhänger eines religiösen Glaubens liebten alle das Vaterland und unterstützten die Führungsrolle der Partei und den Sozialismus. Deshalb sollte man bei der Behandlung religiöser Fragen die Einheitlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Interessen im Volke betonen und nicht die Glaubensunterschiede hervorheben. Dies würde nur von den wichtigen Aufgaben ablenken, die die Partei gegenwärtig zu verwirklichen habe.

Anschließend nennt der Artikel drei Punkte, auf die bei der Durchsetzung der Religionspolitik besonders zu achten sei:

1. Kadern, Geistlichen und Gläubigen sei durch Propaganda, Erziehung und Führung die Politik der Religionsfreiheit klarzumachen. Kader aller Ebenen müßten die Glaubensfreiheit respektieren, und die ultralinke Linie in der Religionspolitik sei zu kritisieren.

2. Es sei zwischen religiösen Aktivitäten und feudalistischem Aberglauben zu unterscheiden.

Religion sei natürlich eine Art von Aberglau-

ben, aber nicht aller Aberglaube sei Religion. Religion sei eine Art von Glaube mit eigener Organisation, Lehre und Ritual. Feudalistischer Aberglaube weise nicht die Besonderheiten moderner Religionen auf, sondern hindere die Produktion und sei schädlich für die Stabilität und die Vier Modernisierungen. Aktivitäten und Organisationen im Bereich des Aberglaubens seien zu verbieten, Praktiker des Aberglaubens seien zu produktiver Arbeit zu erziehen. Ebenso seien die Menschen, die durch abergläubische Praktiken getäuscht worden seien, aufzuklären. Hingegen seien die Sitten und Gebräuche nationaler Minderheiten zu respektieren und nicht als feudalistischer Aberglaube anzusehen.

3. Man müsse in Einklang mit dem Gesetz handeln, d.h., der Staat habe die verfassungsmäßig festgelegte Glaubensfreiheit zu garantieren. Normale religiöse Aktivitäten seien garantiert, hätten sich aber im Bereich der Legalität zu bewegen. Die Geistlichen sollten im politischen Leben des Staates eine Rolle spielen, doch dürfe die Religion nicht in die Politik und das Bildungswesen hineinwirken, noch sei es erlaubt, Jugendlichen und Kindern religiöse Ideen aufzuzwingen oder sie zum Glauben zu zwingen. Gegenwärtig gebe es in einigen Gegenden Menschen, die unter dem Deckmantel der Religion Streit unter den Nationalitäten schürten; dies sei unbedingt zu unterbinden. Illegale Aktivitäten seien ein politisches Problem und hätten nichts mit Religion zu tun. Religiöse Aktivitäten hätten den Interessen des Staates und des Volkes zu dienen. Das gemeinsame Interesse des Volkes seien die Vier Modernisierungen, und auch die Gläubigen sollten dafür ihren Beitrag leisten.

Zusammenfassend heißt es noch einmal, daß die Gläubigen das Recht auf normale religiöse Aktivitäten hätten, sofern diese nicht die Produktion oder die soziale Ordnung beeinträchtigten. Auch die Nichtgläubigen hätten das Recht, ihren Standpunkt zu propagieren, doch hätten sie die religiösen Gefühle der Gläubigen zu respektieren und dürften nicht an religiösen Plätzen oder während religiöser Aktivitäten atheistische Propaganda betreiben (GMRB, 30.11.80).

An dem Artikel läßt sich deutlich die tolerante Haltung der Partei gegenüber der Religion ablesen. Die Partei betrachtet die Religionsfrage gegenwärtig nicht als vordringliches Problem, sondern als eine Frage, die sich langfristig sozusagen von selber lösen wird. Solange die Ausübung einer Religion niemanden stört und die Modernisierungspolitik nicht behindert, ist sie gestattet. Religion ist Privatsache, in die sich der Staat nicht einzumischen braucht, es sei denn, sie bildet den Deckmantel für illegale politische Aktivitäten. Die Sorge vor derartigen Aktivitäten erinnert an die Angst vor religiösen Geheimbünden im traditionellen China, in denen die Regierung immer potentielle Unruhestifter und politische Opponenten sah.

-st-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(27) Politikwissenschaftliche Gesellschaft gegründet

Ende Dezember 1980 wurde in Beijing die Chinesische Gesellschaft für Politikwissenschaft (Zhongguo zhengzhi xuehui) gegründet. Hu Qiaomu in seiner Eigenschaft als Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften hielt vor der Gründungsversammlung eine Ansprache. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Zhang Youyu gewählt (einer der führenden Juristen Chinas). Damit ist die Politische Wissenschaft, die dreißig Jahre lang diskriminiert war, in China wieder neu belebt worden. Man müsse die selbständige Position der Politikwissenschaft unter den Sozialwissenschaften wiederherstellen und für die Etablierung einer marxistischen Politikwissenschaft mit chinesischen Besonderheiten kämpfen, so wurde von führenden Vertretern der Gesellschaft betont (RMRB, 29.12.1980).

-st-

(28) Konferenz über Boxerbewegung

In Jinan, der Hauptstadt der Provinz Shandong, hat kürzlich mit über 300 Teilnehmern eine historische Konferenz über die Boxerbewegung von 1900 stattgefunden. Die Teilnehmer diskutierten hauptsächlich vier Fragenkomplexe: 1. Den Charakter der Boxerbewegung: Hier war man sich darüber einig, daß es sich bei den Boxern um eine anti-imperialistische Bewegung handelte. Unterschiedlicher Meinung war man, inwiefern die Bewegung auch antifeudalistisch war. Die einen waren der Auffassung, daß die Boxer lediglich anti-imperialistisch und nicht auch antifeudalistisch waren, weil sie sich nicht gegen das feudale Grundbesitzsystem gewandt hätten. Andere meinten, die Boxer hätten auch antifeudalistische Züge, weil sie gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung gekämpft hätten. Wieder andere wollten zwischen der Früh- und Spätphase der Boxerbewegung unterscheiden; während der antifeudalistische Charakter in der Frühphase relativ offensichtlich gewesen sei, sei er auf dem Höhepunkt der Bewegung verdeckt worden. 2. Das Problem der Fremdenfeindlichkeit: Während einige Historiker den Kampf gegen alles Ausländische für ungerechtfertigt und als nicht im eigentlichen Interesse des chinesischen Volkes betrachteten, sahen andere den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung als Ausdruck des verschärften Gegensatzes zwischen dem Imperialismus und dem chinesischen Volk. 3. Die historische Bedeutung der Boxerbewegung: Hier stimmten alle überein, daß die Boxerbewegung einen Schlag gegen die feudalistische Herrschaft der Mandschu-Dynastie bedeutete. Bezüglich der Frage, inwieweit es den Boxern zuzuschreiben ist, daß China von den imperialistischen Mächten nicht aufgeteilt wurde, oder